

Vom Wert der Bildung



Aus dem Inhalt:

Führung und Verantwortung

Die Besten als Schulleiter

Seite 4

Ich bin der Meinung Komma dass

Lernmittelfreiheit ist ein Wahlkampfthema

Seite 8

Teil der Schulstrukturreform

Das Projekt Keine(r) ohne Abschluss

Seite 11

Deutschland spart sich dumm

Die Unterrichtsversorgung

Seite 12

Die Bedeutung der Bildung

Zusammenfassung für den eiligen Leser:

Für das Individuum bedeutet Bildung: Wahlmöglichkeiten im Leben.

Für die Gesellschaft bedeutet Bildung: Sicherung des heutigen Lebensstandards.

Ich persönlich muss zugeben, dass mir die Bedeutung von Bildung erst zu einem relativ späten Zeitpunkt in meinem Leben vollkommen klar geworden ist, - und dies dann aufgrund von Beobachtungen in meinem Berufsleben und durch die Existenz meiner 4 Kinder.

Viel Verständnis bringe ich daher auf für Schüler, denen andere Dinge im Leben zeitweise wichtiger sind als die eigene Bildung. Bereits etwas weniger Verständnis bringe ich auf für manche Eltern, die sich aus der Bildung ihrer Kinder ausklinken, nach dem Motto: „Dafür wird schon die Schule sorgen“.

Kaum Verständnis bringe ich auf für „Vater Staat“, in dessen Regierung viele kluge und gebildete Leute mit Verantwortung sitzen, denen man unterstellen kann, dass ihnen der Stellenwert von Bildung für unsere individuelle und kollektive Zukunft sonnenklar ist, die also durchaus das Richtige erkennen, es aber nicht tun, aus politischer und/oder Wahltermin-orientierter Rücksichtnahme auf Interessengruppen oder Strömungen im Wählerverhalten, aus Konfliktvermeidungsgründen, mangelndem Mut, usw.

Unsere Welt hat sich in den letzten 20 Jahren drastisch verändert. Die atemberaubende Geschwindigkeit globaler wirtschaftlicher Veränderungs- und Integrations-Prozesse, in die auch unser kleines Deutschland (ob es will oder nicht) vollständig eingebunden ist, wirft viele traditionelle Erkenntnisse und

Überzeugungen über den Haufen. Einer meiner früheren Professoren an der Uni sagte einmal: „Manchmal ist es weniger wichtig, etwas Neues zu lernen, als vielmehr das zu vergessen, was nicht mehr stimmt“.

Heutzutage wird wesentlich mehr verlangt als früher: Leistungsbereitschaft, Mobilität, Flexibilität (auch hinsichtlich eigener Ansprüche), sowie die Fähigkeit, interdisziplinär vernetzt zu denken und zu arbeiten.

Für das Individuum bedeutet mehr Bildung mehr Wahlmöglichkeiten im Leben.

Es gibt - vielleicht abgesehen von der Gesundheit - kaum eine andere Eigenschaft, die das Leben in all seinen Facetten so zentral und stark beeinflusst wie die Qualität der eigenen Bildung. Wobei Bildung keineswegs in verkürzender und entstellender Weise als eine möglichst maximale Anhäufung von Vorrats-Wissen definiert werden darf. Zur Bildung (sprich: Ausbildung) gehört auch die Entwicklung weiterer Kompetenzen, wie z.B. Problemlösungsfähigkeiten, differenzierte Betrachtungsweisen, Vertrautheit mit eigenverantwortlichem Arbeiten, engagierte und zielführende Arbeitsmethodik, Entwicklung von interpersonellen Kompetenzen wie z.B. Kommunikationsstil, usw.

Bildung darf auch nicht ausschließlich technokratisch definiert werden. Ein ganz wesentlicher Bestandteil von Bildung ist die Allgemeinbildung. Der Arbeitsmarkt für rei-



Michael Esser, Landeselternsprecher
E-Mail: michael.esser@mbwjk.rlp.de

ne „Fach-Idioten“, die außer Spezialistentum nichts mitbringen, ist sehr eng. Genauso eng sind auch die Begrenzungen in deren Leben.

Unerlässlich ist letztendlich auch die schwer zu definierende aber wichtige „Herzensbildung“! (z.B. Empathie). Erst diese vollendet die Bildung und die Persönlichkeit eines Menschen, - und gewährt somit die Voraussetzungen für eine gute Lebensleistung.

Bildung ist somit einer der zentralen Einflussfaktoren auf die eigene Lebensleistung und -zufriedenheit.

Je geringer die Bildung, umso begrenzter werden die Wahlmöglichkeiten im Leben. Schon seit Urzeiten gibt es den zwischenmenschlichen Konkurrenzkampf um Arbeit, potentielle Lebenspartner, Wohnmöglichkeiten, Erfolg, etc.

Impressum

Herausgeber

Landeselternbeirat Rheinland-Pfalz

Redaktion

Michael Esser (verantw.)

Geschäftsstelle

Mittlere Bleiche 61
55116 Mainz
Telefon 06131- 16 2926
Fax 06131- 16 2927
<http://leb.bildung-rp.de>
E-Mail: leb@mbwjk.rlp.de

Elternarbeit in Rheinland-Pfalz erscheint vierteljährlich und wird allen Schulleitungen über die Schulleitungen zugestellt. Auflage: 32.000 Stück
Redaktionsschluss der nächsten Ausgabe: 25.0.2009

Landeselternsprecher

Landeselternsprecher

Michael Esser, Wasserhohl 33,
67098 Bad Dürkheim, Tel.: 06322-958170
E-Mail: michael.esser@mbwjk.rlp.de

Stellvertretende

Landeselternsprecher

Gabriele Weindel-Güdemann, Verdistr. 33
67346 Speyer, Tel.: 06232 - 433 93
E-mail: gabwg@t-online.de

Ralf Quirbach, Lindenallee 18,
56077 Koblenz, Tel.: 0261 - 77 993
E-Mail: ralf.quirbach@gmx.de

Beisitzer

Wolfgang Harsch , Mathias Kleine,
Rudolf Merod, Dr. Volker Schliephake,
Christa Schweitzer-Weiland

Regionalelternsprecher

Koblenz

Andrea Held, Malteserstr. 12,
55566 Bad Sobernheim, Tel.: 06751-6500
E-Mail: mail@held-andrea.de

Neustadt

Kommisarischer Regionalelternsprecher
Uli Müller, Mohnstr. 31,
67067 Ludwigshafen, Tel.: 0621-53 95 53
E-Mail: m-tronic@t-online.de

Trier

Miriam Lörz, Geschwister-Scholl-Str. 7,
54295 Trier, Tel.: 0651-170 72 81
E-Mail: mi-ge-lo@t-online.de

Meistens, wenn auch nicht immer, gewinnt der „Bessere“.

Mit geringer Bildung ist man in beruflicher Hinsicht nicht nur gefühlsmäßig, sondern auch tatsächlich den Dingen ausgeliefert. Man muss sich dann im Leben im übertragene Sinn mit „Restposten“ begnügen. Je höher der Bildungsgrad, umso mehr berufliche Perspektiven eröffnen sich einem. Eine bessere Bildung ermöglicht eine bessere Kontrolle über Berufs-Leben (und -wahl), sie beeinflusst direkt oder indirekt auch den Grad der Zufriedenheit und des Wohlstandes, - bis hin zu den Möglichkeiten der Partnerwahl.

Bildung ist somit einer der zentralen Einflussfaktoren auf die eigene Lebensleistung und -zufriedenheit.

Unser wirtschaftlich wertvollster Besitz ist das Kapital in den Köpfen unserer Menschen.

Bildungsqualität hat jedoch nicht nur Auswirkungen auf das Individuum, sondern vor allem auf unsere Gesellschaft insgesamt. Die Summe der Bildung in unseren Köpfen ist einer der Haupt-Einflussfaktoren auf die längerfristige Aufrechterhaltung des Lebensstandards in der Form, wie wir ihn heute kennen.

Die Entwicklungen der letzten 20 Jahre in Deutschland und in anderen Nationen haben sich schlechend vollzogen, sodass sie von unserer Bevölkerung (der die Zusammenhänge zwischen Ursache und Wirkung nicht hinreichend erklärt wird) kaum wahrgenommen werden.

Ehemalige „Armenhäuser Europas“, wie z.B. die Republik Irland, haben uns inzwischen im Pro-Kopf-Einkommen überholt, unsere Staatshaushalte sind überschuldet (leider hauptsächlich zur Finanzierung von Konsumausgaben), sodass der ständig steigende Schuldendienst die Spielräume für dringend benötigte Zukunfts-Investitionen, wie das Bildungswesen, immer weiter eingeengt hat.

Der ständig steigende Schuldendienst hat die Spielräume für dringend benötigte Zukunfts-Investitionen, wie in das Bildungswesen, immer weiter eingeengt.

Allein bei der Privatisierung der beiden Unternehmen „Deutsche Post AG“ und „Deutsche Telekom AG“ fielen zu Lasten von Vater Staat für die in beiden Unternehmen noch heute tätigen Beamten summierte Pensionsansprüche in Höhe von umgerechnet 230 Milliarden Euro an. Rücklagen?

Fehlanzeige! Diese Ansprüche sind von unserer nächsten Generation durch zukünftiges wettbewerbsfähiges Arbeiten zu bezahlen.

Ähnlich verhält es sich mit unserer allgemeinen staatlichen Rentenversicherung BfA, deren „Rücklage“ für eine Renten-Auszahlung von gerade einmal etwas weniger als einen Monat reicht. Konsequenz: Die Renten-Ansprüche der heute arbeitenden Bevölkerung sind von der nächsten Generation zu bezahlen, - die bekanntermaßen zahlenmäßig schrumpft, und deren Bildung sich international im Bereich des unteren Mittelfeldes bewegt. Das Bildungsniveau jedoch hat großen Einfluss auf die Generierung von Innovationen, und diese wiederum beeinflussen Wachstum und Investitionen in unserem Land, und somit Arbeitsplätze und Einkommen. Die meisten unserer Firmen machen heutzutage bereits 10 - 30 % ihrer Umsätze mit Produkten und (teils technischen) Dienstleistungen, die es vor 5 Jahren noch gar nicht gab.

Unsere jetzigen Exporterfolge beruhen hauptsächlich auf den naturwissenschaftlichen Bildungserfolgen der 70er und 80er Jahre, als unsere Bildung kopfzahlmäßig und qualitativ im internationalen Vergleich noch einigermaßen gut aufgestellt war. Seither haben wir uns zwar nicht verschlechtert, aber andere Nationen haben inzwischen stark aufgeholt und uns teilweise sogar überholt. Die Auswirkungen kann man z.B. in Elektronik-Fachgeschäften und im Straßenverkehr beobachten. Heutzutage suchen viele unserer Firmen händeringend z.B. Ingenieure oder Computer-Spezialisten, - und das ist nach meiner Überzeugung erst der milde Anfang einer sich in den nächsten Jahren zwangsläufig verstärkenden Entwicklung. Änderungs-Maßnahmen in der Bildungspolitik haben eine extrem lange Wirkungs-Verzögerung!

Unsere jetzigen Exporterfolge beruhen hauptsächlich auf den naturwissenschaftlichen Bildungserfolgen der 70er und 80er Jahre.

Unser Land besitzt weder eigene Energiequellen noch Bodenschätze in einem nennenswerten Umfang. Unser wirtschaftlich wertvollster Besitz ist das Kapital in den Köpfen unserer Menschen.

Als Deutschland am Ende des letzten Weltkriegs materiell zerstört am Boden lag, war die wesentlichste aller Kapitalien nicht zerstört: die Bildung und das Wissen in den Köpfen unserer Menschen. Neben dem besonderen Leistungswillen des Individuums und dem Freigeben der Wirtschaftstätigkeit war gerade dieses Bildungsniveau der Hauptgrund für unser von aller Welt bestauntes Wirtschafts-„Wunder“ - eine (fast) logische Konsequenz!

Die öffentliche Wahrnehmung der vergangenen Jahrzehnte und die Macht der Gewohnheit (oder vielleicht Selbstzufriedenheit?) verleitet uns dazu zu glauben, es sei eine Art Naturgesetz, dass Deutschland selbstverständlich immer die Nr. 1 in Europa sein würde: im Sinne von Wirtschaft, Wohlstand, Erfolg und finanzierbarer sozialer Absicherung. Diese Einschätzung ist vollkommen abwegig, was bereits heute bewiesen ist, aber zu unser aller Schaden immer noch nicht ausreichend zur Kenntnis genommen wird. Jeglicher Lebenserfolg eines Menschen oder einer Nation muss (auch) durch geistige Leistungen erst mühsam erarbeitet werden.

Aber selbst die notwendige Größenordnung des Geldeinsatzes allein könnte die gewünschte Wirkung nicht erzielen, wenn es nicht gleichzeitig zu einer zielorientierten Neu-Ausrichtung unserer schulischen Infrastruktur käme: in Punkto Organisation, Personalführung und Resultatverantwortung vor Ort.

Es wird Zeit, dass unsere staatlichen Organe dies nicht nur theoretisch wissen, sondern dass unsere gewählte Führung dieser Erkenntnis auch die notwendigen Großtaten folgen lässt. Dazu gehört eine massive Umlenkung von (bereits ausreichend hohen) Steuereinnahmen in den Zukunfts-Sektor Bildungswesen. Aber selbst die notwendige Größenordnung des Geldeinsatzes allein könnte die gewünschte Wirkung nicht erzielen, wenn es nicht gleichzeitig zu einer zielorientierten Neu-Ausrichtung unserer schulischen Infrastruktur käme: in Punkto Organisation, Personalführung und Resultatverantwortung vor Ort.

Für nur marginale Drehungen an der Feineinstell-Schraube unserer Bildungspolitik ist die Uhr schon längst abgelaufen.

Überdies müssen wir mit unserer innerdeutschen Nabelschau aufhören, nach dem Muster: „Bundesland A hat sich im letzten Jahr besser entwickelt als Bundesland B“. Maßgebend ist allein der Vergleich mit anderen Nationen, mit denen wir bei geöffneten Grenzen in einem gnadenlosen Wettbewerb stehen, in dessen Verlauf aufgrund rationalen Käufer-Verhaltens stets der bessere Lieferant gewinnt.

Für nur marginale Drehungen an der Feineinstell-Schraube unserer Bildungspolitik ist die Uhr schon längst abgelaufen.

Michael Esser

E-Mail: michael.esser@mbwjk.rlp.de

Die Besten im Lehrerberuf – die noch Besseren als Schulleiter

Wenn der „Leitwolf“ fehlt

Wir leben eher schlecht als recht mit Defiziten im Bildungssystem: mit Unterrichtsausfall, mageren Schuletats und Überbrückungsmaßnahmen, die als „intelligente Mangelverwaltung“ durchgehen, den Kern der Probleme aber nur unzureichend treffen. Ein weiterer Mangel hat Schulen bereits erreicht: ein eklatanter Schulleitermangel. Die oft monatelang verwaisten Stellen belasten die betroffenen Schulen erheblich. Eine konsequente Schulentwicklungsarbeit wird rigoros ausgebremst. Zwar springen „Sicherungssysteme“ an und ein – Stellvertreter übernehmen die Arbeit und teilen diese unter die vorhandenen Funktionsstelleninhaber auf – jedoch der „Leitwolf“ fehlt.

Derzeit fehlen bundesweit ca. 1000 Schulleiter. Und es wird nicht besser... Bis spätestens 2015 wird die Pensionierungswelle im Lehrerberuf auch bei den Schulleitungen ankommen. Qualifizierte Lehrkräfte, die diese gigantische Lücke füllen könnten und füllen wollen, sind jedoch weit und breit nicht in Sicht. Mehrfachausschreibungen gehören auch in Rheinland-Pfalz mittlerweile zum gängigen Repertoire der Stellenbesetzung (siehe Tabelle). Der Vermerk „Es können sich auch Lehrkräfte bewerben, deren Berufserfahrung weniger als vier Jahre beträgt“ lässt aufhorchen und findet sich sowohl bei Schulleitungs- und Vertreterstellen. Hier scheint es sich um Posten zu handeln, die nur noch schwer an die Frau oder den Mann zu bringen sind.

Wo liegt das Problem?

Das Berufsbild des Schulleiters verhält sich zu seinen Aufgaben wie der berühmte längst verwachsene Konfirmantenzug zum durchgestylten Businessdress eines Managers: Das traditionelle Berufsbild ist geblieben, die Aufgaben haben sich dramatisch verändert. Die Zeiten, in denen Schulen am Laufen gehalten wurden, weil LehrerInnen

Ausgeschriebene Stellen für Schulleitungen und erweiterte Schulleitungen im Amtsblatt 7/2008 und 8/2008 für das Land Rheinland-Pfalz

Schulart	Erstaus-schreibung	Mehrfachaus-schreibung	Mehrfachaus-schreibung + Berufserfah-rung < 4 Jahre
Grundschulen	16	6	4
Grund- u. Hauptschulen	2	1	1
Hauptschulen	1	1	0
Realschulen	13	1	0
Reg. Schule GS/Reg.Schule	5	4	1
Gymnasium	9	6	0
Integrierte Ge-samtschulen	23*	2	1
Duale Ober-schulen	1		
Förderschule	2	0	1
Berufsbildende Schulen	10	2	0

*Die hohe Zahl erklärt sich durch die große Anzahl der auf Antrag hin neu zu gründenden IGSen.

zusätzliche Verwaltungsaufgaben übernommen haben, sind lange vorbei.

An den gesetzten Rahmenbedingungen des zuständigen Ministeriums lässt sich ablesen, wie groß der tatsächliche Handlungsbedarf der Verantwortlichen ist. Die regelnde Verwaltungsvorschrift stammt aus dem Jahr 1976. Ihre Vorgabe bedeutet, dass er zwar umfassend Verantwortung trägt, ihm wichtige Handlungsspielräume jedoch verschlossen bleiben. Auch das Schulgesetz ändert daran wenig: „Die Schulleiterinnen und Schulleiter sind für die Durchführung der Erziehungs- und Unterrichtsarbeit im Rahmen des Bildungsauftrags der Schule und der Maßnahmen zur Schulentwicklung und Qualitätssicherung verantwortlich.“ (Schulgesetz für Rheinland-Pfalz in der Fassung vom 30.03.2004, § 26 Abs. 1 Satz 1) Es schreibt die Erweiterung der Verantwortungsbereiche fest und lässt sonst alles beim Alten.

Dabei wissen längst alle, die mit Schulen zu tun haben: Nebenbei geht dort gar nichts mehr – schon gar nicht die Leitung solcher komplexer Betriebe. Selbst kleine Systeme leiden unter den derzeitigen Vorgaben, proportional noch mehr als große, denn sie werden wesentlich schlechter gestellt, müssen aber im Prinzip dieselben Aufgaben stemmen. Stundenweise besetzte Sekretariate sind sichtbare Indizien.

Was fordern die Betroffenen?

Der Schulleitungsverband Rheinland-Pfalz (SVR) fordert in seinem Positionspapier von 2007/08 förderliche Rahmenbedingungen. Wichtig ist ihm dabei die Anerkennung eines eigenständigen Berufsbildes von SchulleiterInnen. Die Bewerber sollen sich vor Übernahme der Stelle durch eine entspre-

chende Ausbildung qualifizieren und durch eine Begleitung im Amt und eine berufs begleitende Fortbildung unterstützt werden. Die Unterrichtsverpflichtung kann entfallen. Der SVR schlägt eine neue Berechnung der Leitungszeit (der Arbeitszeit von Schulleitungsmitgliedern) vor. Führungsarbeit braucht Zeit, dies soll sich im Berufsbild widerspiegeln. Der SVR will, dass Schulleiter Einfluss erhalten bei Stellenbesetzungen, dazu zählen auch Funktionsstellen, sowie bei Zuweisungen, Einstellungen, Entlassungen und Versetzungen von Lehrpersonal und anderen Beschäftigten in Schulen (z.B. Hausmeister, Sekretärinnen etc.). Wichtig ist die Forderung nach Veränderung des Status vom Vorgesetzten hin zum Dienstvorgesetzten. Eine Umsetzung würde Schulleiter mit Kompetenzen ausstatten, die bisher der Schulaufsicht (ADD) vorbehalten sind.

Die Forderung nach einer leistungsgerechten Bezahlung bei Übernahme der Aufgaben findet sich fast am Ende des Katalogs. Ein qualifiziertes Bewerbertraining, Transparenz des Auswahlverfahrens sowie die Forderung an den Schulträger nach einer Basisausstattung von Schulen komplettieren das Papier des SVR.

Wie sieht der LEB das Problem?

Der Landeselternbeirat hat in seinem „Positionspapier über die notwendige Entwicklung der Gymnasien“ v. 25.05.2005 noch vor dem SVR ähnliche Forderungen veröffentlicht. Vor allem einen „Schulleiter als Führungskraft, ausgestattet mit den notwendigen Vollmachten und Personalverantwortung“ und folgerichtig mit der entsprechenden Verantwortung für den Ausbildungserfolg seiner SchülerInnen – einen Macher, keinen Verwalter, will der LEB in dieser Position sehen.

Dazu gehören Entscheidungsbefugnisse über Schulbudgets, Verantwortung bei der Personalauswahl, Personalentwicklung sowie für die interne Evaluation. Gleichzeitig muss sich auch ein Schulleiter der Überprüfung seiner Leistungen routinemäßig stellen. Mitarbeitergespräche und Fortbildungsmaßnahmen sollen sicherstellen, dass Führungsmängel behoben werden bis hin zur endgültigen Maßnahme, der Entfernung aus dem Schulleiteramt, wenn diese Unterstützungsmaßnahmen nicht helfen. Das Positionspapier des LEB liegt damit sehr nah an den Forderungen, die der SVR erhebt, und ist aktueller denn je.

Was Eltern sich von Schulleitern wünschen

Ein Schulleiter braucht neben anderen Qualitäten ein hohes Maß an Sozialkompetenzen, um mit so vielen unterschiedlichen

Menschen im Wesentlichen zwei Ziele zu erreichen: eine gute Erziehung, Bildung und Ausbildung für unsere Kinder und ein hohes Maß an Berufszufriedenheit für seine MitarbeiterInnen. Untersuchungen beweisen, dass zufriedene Lehrkräfte gesünder sind und eine „gesunde Schule“ gute Ergebnisse erzielt. (Eine Studie über die Wirkung neuer Leitungskonzepte auf die Qualität von Schule führt derzeit die TU Dortmund durch. Sie soll im März 2009 abgeschlossen sein.)

Eine gute Schule steht und fällt mit ihrem Führungspersonal. Eltern erleben das tagtäglich. An zwei offensichtlichen Merkmalen lesen Eltern derzeit schulische Qualität ab: dem Unterrichtsausfall und dem Klima an der eigenen Schule. Zwar ist gegen den strukturellen Unterrichtsausfall so schnell kein Kraut gewachsen und der ist nicht von der Schulleitung zu verantworten, die Frage muss jedoch erlaubt sein: Wie geht sie mit den anderen fehlenden Stunden um – dem temporären Unterrichtsausfall? Auch da hat sie nur begrenzte Handlungsmöglichkeiten, die jedoch sollte sie nutzen. Ein Vertretungskonzept, das diesen Namen verdient und das den Eltern bekannt ist, wäre eine Möglichkeit. Ein organisierter, fächer- und jahrs-

gangsbezogener Aufgabenpool zur Schülerübung in Vertretungsstunden, der eben nicht der Freiwilligkeit anheim gestellt ist, sondern sich als Baustein im Qualitätsprogramm findet, ist eine weitere.

Ein respektvoller Umgang, den jedes Mitglied der Schulgemeinschaft von anderen erwarten kann, ist Voraussetzung für ein Schulklima, in dem sowohl die Lehrer-/Personal- wie auch die Schülergesundheit gedeihen kann. Unzufriedene Lehrkräfte sind dem Druck, der in Schulen aus vielen Gründen entstehen kann, selten über längere Zeit gewachsen – nicht immer liegen die Ursachen im Verhalten von SchülerInnen oder Eltern. Entweder werden sie krank oder ihr Verhalten wird zum Quell ständigen Ärgeres für SchülerInnen, Eltern und/oder KollegInnen. Im Umgang mit „außergewöhnlichen Persönlichkeiten“ muss ein Schulleiter Einfühlungsvermögen entwickeln und Strategien anwenden können, die geeignet sind, Abhilfe zu schaffen. Verdeckte Querelen können zu schwer beherrschbaren Flächenbränden werden – im Kollegium, der Schülerschaft und unter den Eltern. Kommunikations- und Integrationsfähigkeit sind deshalb wichtige Kompetenzen eines Schulleiters.

Verfahren zur Besetzung von Schulleiterstellen:

Die Besetzung von Schulleiterstellen unterliegt beamtenrechtlichen Bestimmungen. Gemäß § 33 Abs. 3 GG und § 10 Landesbeamtengesetz RLP werden die Kriterien Eignung, Befähigung und fachliche Leistungen angelegt. Allgemein (ohne Berücksichtigung von Sonderfällen) ist der Ablauf wie folgt:

Alle Funktionsstellen (auch Schulleiterstellen) müssen im Amtsblatt ausgeschrieben werden. Soll keine Ausschreibung durchgeführt werden, muss die Personalvertretung zustimmen.

Nach Ablauf der Bewerbungsfrist beginnt für alle Bewerber das festgelegte Prüfungsverfahren. Zusätzlich werden vom zuständigen Schulfachreferenten (ADD) aktuelle dienstliche Beurteilungen, Bewerbungsunterlagen und Personalakten zur Ermittlung der am besten geeigneten Bewerbung herangezogen. Das Ergebnis wird im schulfachlichen Gutachten zum einzelnen Bewerber festgehalten.

Für die Besetzung einer Schulleiterstelle schlägt der Präsident der ADD dem MBWJK einen Bewerber vor. In die sich anschließende fachliche und rechtliche Überprüfung können je nach Bewerbersituation zusätzlich die Gleichstellungsbeauftragte, die Schwerbehindertenvertretung und eine Personalvertretung eingebunden sein. Gibt die Ministerin ihre vorläufige Zustimmung zur Stellenbesetzung, stellt die ADD das Beneh-

men mit dem Schulträger- und dem Schulausschuss der entsprechenden Schule her. Bei Schulleitungsstellen für Gymnasien, IGS und BBS, die in die Besoldungsgruppe A 16 eingestuft sind, wird die Zustimmung des Ministerpräsidenten eingeholt.

Erst danach wird das Schreiben der Ministerin zur kommissarischen Bestellung ausgestellt. Bei Grundschulen übernimmt die kommissarische Bestellung der Präsident der ADD.

Die Bewerber, die nicht berücksichtigt wurden, erhalten Bescheid und eine Frist von drei Wochen, um dagegen Rechtsmittel einzulegen. Ist die Frist ohne Einspruchserhebung abgelaufen, erhält der Bewerber das Bestimmungsschreiben ausgehändigt.

Die Probezeit beträgt ein Jahr. Bei Bewährung erfolgt die Beförderung und Besoldung durch die Ministerin, bei A 16-Stellen durch den Ministerpräsidenten und bei Grundschulen durch den Präsidenten der ADD.

(Herzlichen Dank an Herrn Alfred Kirsch, MBWJK, für die kompetente und umfassende Faktendarlegung)

Wer führen soll,
muss führen wollen!

Die Vorstellung, Schulleiter seien Gleiche unter Gleichen – der Primus inter pares – hält sich hartnäckig an Schulen. Hier gilt es dringend zwischen „Führungskultur“ und „Diktatur“ zu unterscheiden. Beides erprobte, gängige aber unterschiedlich erfolgreiche Elemente von Managementstrategien. Den Mittelweg finden zwischen Führungsanspruch und Kollegialität, gemeinsam Ziele entwickeln und Einigkeit über die Richtung der Entwicklung herstellen, das ist ein schwieriger Weg. Den Prozess bis hin zur Überprüfung der Zielerreichung zu begleiten und wenn nötig zu steuern, die notwendigen Hilfestellungen für die handelnden Personen zu geben und die Funktionsfähigkeit des Ganzen nicht aus dem Auge zu verlieren, das ist eine anspruchsvolle Aufgabe. Schulleitungen, die so ans Werk gehen, übernehmen Verantwortung für MitarbeiterInnen und SchülerInnen und brauchen deswegen den Rückhalt ihrer definierten Rolle, die Personalverantwortung beinhalten soll. Teamfähigkeit ist Voraussetzung für Führungsanspruch. Große Systeme arbeiten nur dann erfolgreich, wenn sie Verantwortungen innerhalb des Schulleitungsteams und den Mitgliedern der erweiterten Schulleitung definieren und delegieren. Die Belegung flacher Hierarchien und die Einbindung vieler Engagierter ist jedoch auch für kleine und mittelgroße Schulen notwendig – einerseits eine Überlebensstrategie für die Verantwortlichen, andererseits eine Art der Qualitätssicherung. Denn gute Schulleiter wachsen nicht auf Bäumen, sie müssen frühzeitig Führungsaufgaben trainieren.

Auf die Diskussion über den Begriff „Führung“ soll hier nicht eingegangen werden. Bedenkt man, dass „Klassenführung“ eine gängige Beschreibung dafür ist, wie Lehrkräfte das Arbeitsverhalten von SchülerInnen im Klassenverband effizient managen, erscheint diese eher antiquiert und wenig hilfreich in diesem Zusammenhang.

Visionen entwickeln - nicht nur für die eigene Klientel

Durch die Schulstrukturreform verändert sich die Schullandschaft derzeit landesweit in nie dagewesem Tempo. Alle Hauptschulen werden bis 2014 in „Realschulen plus“ aufgehen, die Nachfrage nach Integrierten Gesamtschulen steigt sprunghaft an, Gymnasien entscheiden sich für ein G8GTS-Angebot (verkürzter Gymnasialausbildungsgang als Ganztagsangebot), der Umbau von Halbtags- in Ganztagschulen schreitet weiter voran. Gleichzeitig erhalten die Schulen mehr Selbständigkeit und mehr Verantwortung für ihr Handeln. Diese Dy-

Das Fortbildungsangebot des IFB für angehende und bereits tätige Schulleitungsmitglieder

hält folgende Maßnahmen bereit:

Orientierung und Vorbereitung: In einer modularisierten Fortbildungsreihe lernen die TeilnehmerInnen die Anforderungen und Tätigkeitsfelder des Berufsbilds kennen. Sie erproben ihre Eignung für diese Tätigkeit und erhalten Unterstützung bei ihrer berufsbezogenen Lebensplanung. Sie erfahren mehr zum Bewerbungs- und Besetzungsverfahren.

Qualifizierung für neu ernannte Schulleitungsmitglieder: Berufseinsteiger erhalten hier eine Basisqualifizierung durch einen zentralen Lehrgang kombiniert mit regionalen Angeboten. Der 12-tägige zentrale Lehrgang ist in 4 Module aufgeteilt deren Themenschwerpunkte vom Selbstverständnis von Schulleitung, Schulentwicklungsaufgaben, Unterrichtsentwicklung bis hin zur Personalentwicklung reichen. Eine ergänzende Veranstaltung aus dem Themenkatalog, die die TeilnehmerInnen ihren Bedarfen entsprechend auswählen, sowie eine Hospitation in einem Wirtschaftsunternehmen komplettieren das Angebot des IFB.

Berufsbegleitend: Diese Fortbildungsmaßnahmen orientieren sich einerseits an aktuellen bildungspolitischen Entwicklungen, andererseits sollen sie Schulleitungen in ihrer täglichen Arbeit unterstützen. Allgemeine Themen reichen von Projekt- und Changemanagement bis hin zu Kollegialer Praxisberatung und Kommunikation. Ein Erfahrungsaustausch mit Unternehmen bietet die Gelegenheit, Führungsinstrumente aus der Wirtschaft kennen zu lernen, sich darüber auszutauschen und ggf. modifizierte Ansätze in die Schule zu übernehmen. Regionalisiert finden pro Schulhalbjahr drei Veranstaltungen zu schulrechtlichen Themen statt. Den fachlichen Input leistet ein Jurist der ADD. Im regionalen Netzwerk können Erfahrungen ausgetauscht werden.

Die Qualifizierung vorab ist nicht verpflichtend. Die seit 2005 neu organisierte Weiterbildung wird Interessenten für eine Leitungsaufgabe jedoch dringend angeraten.

(Quelle: <http://ifb.bildung-rp.de/themen/fuehrungskolleg/unser-angebot-fuer-sie.html>)

namik ist einem bürokratischen System eigentlich fremd. Als Folge verlangt die derzeitige Entwicklung Schulleitungen Kompetenzen ab, die in einem fachorientierten Lehramtsstudium sicher nicht zum Lernstoff gehört haben. Schulleitungen müssen beispielsweise abwägen können, was dem Schulstandort als Ganzem und der eigenen Schule gleichermaßen gut tut und notwendig ist. Den Blick über den Tellerrand hinaus, den Kollegen eher scheuen, muss ein Schulleiter wagen, eine Vision entwickeln und dem Kollegium vermitteln und gleichzeitig die Schulgremien (SEB und SV) adäquat einbinden.

Weiterbildung ist „berufslbensnotwendig“

Angepasst an den Orientierungsrahmen Schulqualität (ORS), der als Grundlage für die Schulentwicklung in Rheinland-Pfalz dient, bietet das „Institut für schulische Fortbildung und schulpсихologische Beratung RLP“ (IFB) ein Fortbildungskonzept an, das die Themenbereiche Führung, Personalentwicklung und schulisches Management entsprechend abdeckt (siehe Kasten: Das Fortbildungsangebot des IFB für angehende und bereits tätige Schulleitungsmitglieder). Der Erwerb dieses Kompetenzrepertoires lässt sich nicht nebenbei erledigen. Wie ist

die Ausbildung für Schulleitungen in Rheinland-Pfalz geregelt? Das Führungskolleg des IFB bildet angehende Schulleiter aus, qualifiziert bereits ernannte Schulleiter weiter und gibt allen Mitgliedern von Schulleitungen die Gelegenheit, sich auf dem Laufenden zu halten. Die Qualifizierung vorab ist leider nicht verpflichtend. Die seit 2005 neu organisierte Weiterbildung wird Interessenten für eine Leitungsaufgabe jedoch dringend angeraten.

Wer Führung will, muss Führung möglich machen!

Die Reformen, die das Ministerium für Bildung, Wissenschaft, Jugend und Kultur (MBWJK) derzeit umsetzt sind vielfältig, vielschichtig und in Bereichen zukunftsweisend. Sie werden jedoch im Sande versickern – bzw. in den Schulen – wenn die Basis sie nicht annimmt. Dazu bedarf es der Führung auf allen Ebenen. Das derzeitige Anforderungsprofil von Schulleitungsstellen, deren Rahmenbedingungen, die Auswahl und Qualifikation der Bewerber, deren Bezahlung und die Evaluation ihrer Arbeit sind kein gutes Beispiel für zukunftsorientiertes bildungspolitisches Management. Die vielen offenen Stellen beweisen, dass potentielle Interessenten die Attraktivität der Leitungspositionen eher schlecht beurteilen – ein lau-



Gabriele Weindel-Güdemann
gabwg@t-online.de

tes Signal an die Verantwortlichen in der Politik. Leider dokumentiert Staatssekretärin Vera Reiß in einem Interview mit der Rheinpfalz v. 18.09.2008, dass dieses noch nicht deutlich genug im zuständigen Ministerium angekommen ist. Es wird nicht reichen, die Anzahl der Ausgleichsstunden anzupassen oder für Schulleiterfortbildungen zu werben. Schulleiter sind in erster Linie Manager, die wenige Stunden unterrichten. Behandelt sie endlich auch so!

Fazit: Es soll nicht der Eindruck erweckt werden, als wäre die Renovierung der Schulleiterfunktion das Allheilmittel für die Probleme, die Schulen heute lähmen. Jedoch: wir haben nicht nur ein Quantitäts- sondern auch ein Qualitätsproblem. Deshalb: ohne die Besten in Schulleiterstellen sind die derzeitigen Probleme nicht zu lösen.

Gabriele Weindel-Güdemann

Zum Weiterlesen: <http://www.ifb.bildung-rp.de>; alle Gesetzestexte sind auf der Homepage des LEB eingestellt: <http://leb.bildung-rp.de> (§ 2.2 der „Dienstordnung für Leiter und Lehrer an öffentlichen Schulen in Rheinland-Pfalz“ von 1976); Positionspapier des LEB zur notwendigen Entwicklung der Gymnasien: http://leb.bildung-rp.de/fileadmin/user_upload/leb.bildung-rp.de/Presseerklarungen_Positionen/2005/Positionspapier_Notwendige_Entwicklung_der_Gymnasien_050525.pdf; Zeitschrift: Beruf: Schulleitung, Heft Februar 2008, Heft Juni 2008; Amtsblatt für Rheinland-Pfalz 7/2008, 8/2008; Positionspapier und Arbeitsprogramm des SVR von 2007/2008: <http://www.svr-rlp.de/inhalte/info.html>;

Pressemeldung vom 12. September 2008

Mehr individuelle Förderung, weniger Klassenarbeiten

Landeselternbeirat begrüßt neue Grundschulordnung

Im laufenden Schuljahr tritt eine neue Grundschulordnung in Kraft. „Diese Neuregelung stellt einen großen Fortschritt dar und setzt wesentliche langjährige Forderungen des Landeselternbeirats in die Tat um“, meint Landeselternsprecher Michael Esser. Die Schulordnung wird derzeit im Justizministerium noch rechtsförmlich geprüft. Das Ministerium hat die Grundschulleiterinnen und Grundschulleiter gebeten, schon jetzt im Vorgriff einen Teil der neuen Regelungen umzusetzen. Solange den Schülerinnen und Schülern dadurch kein Nachteil entsteht, nimmt Michael Esser dies in diesem Fall gerne in Kauf. „Bei so vielen insgesamt begrüßenswerten neuen Regelungen wäre es schade gewesen, aus formalen Gründen noch ein weiteres Jahr auf ihre Einführung zu warten“, findet er.

Die neue Grundschulordnung unterstreicht und konkretisiert den Auftrag des Schulgesetzes zur individuellen Förderung jeder Schülerin und jeden Schülers -und dies ist ein zentrales Anliegen des Landeselternbeirats.

Die Verpflichtung zur Dokumentation der Lernprozesse ist eine wichtige Grundlage für die individuelle Förderung. Die Reduzierung der vorgeschriebenen Klassenarbeiten von bisher insgesamt 22 bis 28 auf 16 schriftliche Leistungsnachweise schafft Spielräume für individualisierte Aufgabstellungen für jede einzelne Schülerin und jeden einzelnen Schüler. Die Einführung von Förderplänen für Kinder mit Lernschwierig-

keiten und Lernstörungen und für begabte und leistungswillige Schülerinnen und Schüler, die eine Klassenstufe übersprungen haben, bleibt zwar hinter der Forderung des Landeselternbeirats nach Förderplänen für alle Schülerinnen und Schüler zurück, ist aber ein Anfang.

Erstmals wird der Vorschlag des Landeselternbeirats, regelmäßig qualifizierte Lehrer-Schüler-Eltern-Gespräche zu führen, in einer Verordnung aufgegriffen. In der Grundschule wird zukünftig das Halbjahreszeugnis der 2. Klasse ersetzt durch ein protokolliertes Elterngespräch, an dem in der Regel auch die Kinder teilnehmen. Die flächendeckende Einführung eines solchen jährlichen Gespräches über die Grundschulen hinaus ist für Michael Esser der nächste logische Schritt.

Positiv ist aus Sicht des Landeselternbeirats auch die Einführung einer verbalen Begründung und Kommentierung der Notenzeugnisse. So erhalten Schülerinnen und Schüler sowie Eltern inhaltliche Informationen über die Kompetenzen der Kinder und Hinweise darauf, wie sie ihre Leistungen verbessern können. Das ist allemal aussagekräftiger als bloße Ziffernnoten.

Damit die vielen guten Ansätze zur individuellen Förderung im Schulalltag auch umgesetzt werden können, fordert der Landeselternbeirat kleinere Klassen, eine zweite Lehrkraft oder eine pädagogische Fachkraft in jeder Klasse.

Die Änderungen im Einzelnen

- § 10: Anmeldung aller (schulpflichtigen Kinder in der Regelgrundschule; nur in Ausnahmefällen können Kinder mit gravierenden Beeinträchtigungen auch direkt an der entsprechenden Förderschule angemeldet werden
- § 14: keine Testung auf sonderpädagogischen Förderbedarf der vom Schulbesuch zurückgestellten und der im Schulkindergarten geförderten Kinder
- § 26: Förderpläne für begabte und leistungswillige SchülerInnen, die eine Klassenstufe übersprungen haben
- § 27: kein Zurücktreten aus dem 1. Schuljahr
- § 28 Förderpläne für Kinder mit Lernschwierigkeiten und Lernstörungen
- § 29: Regelung zur integrativen Förderung von Kindern mit sonderpädagogischen Förderbedarf in der Schwerpunkt-Grundschule
- § 32: neue Grundsätze der Leistungsfeststellung und Leistungsbeurteilung!
- § 34: In der 3. und 4. Klasse werden die Leistungen benotet und die Noten verbal erläutert. Auf Beschluss der Gesamtkonferenz und im Benehmen mit dem Schulleiterbeirat kann die Beurteilung in der 3. Klasse weiterhin ausschließlich verbal erfolgen.
- § 36: Verringerung der schriftliche Leistungsnachweise auf zehn in Deutsch und sechs in Mathematik. Bis zu 50% der schriftlichen Leistungsnachweise kann individuell erfolgen. Mindestens die Hälfte muss jedoch, wie bisher, gruppenbezogen erfolgen.
- § 39: verbale Beurteilung am Ende des 1. und 2. Schuljahres; ein protokolliertes Lehrer-Schüler-Elterngespräch in der Mitte des 2. Schuljahres statt eines Halbjahreszeugnisses; Notenzeugnisse in der 3. und 4. Klasse plus verbale Erläuterung der Noten

Pressemeldung vom 11.08.2008
**Schulbücher -
für viele Familien zu teuer!
Landeselternbeirat fordert
Lernmittelfreiheit
für Rheinland-Pfalz**

Die Ausgaben für Schulbücher belasten einkommensschwache Familien und benachteiligen die betroffenen Kinder. „Das ist ein Skandal“, meint Landeselternsprecher Michael Esser und fordert die vollständige Lernmittelfreiheit auch für Rheinland-Pfalz. Während in den meisten anderen Bundesländern die Schülerinnen und Schüler die Schulbücher kostenlos ausleihen können, müssen die Eltern in Rheinland-Pfalz die Bücher kaufen. Das kostet laut Institut für Bildungsmedien pro Kind je nach Schuljahr jährlich zwischen 60 und 250 Euro.

Seit der Einführung von Harz IV häufen sich die Klagen von Eltern, die nicht mehr in der Lage sind, die Lernmittel für ihre Kinder zu finanzieren. „Ich erwarte mit Beklemmung die Schulbuchlisten für das nächste Schuljahr“, schrieb eine Mutter dem Landeselternbeirat. Und dabei geht es nicht nur um Schulbücher. Auch Ranzen, Hefte, Mäppchen und Stifte müssen gekauft werden. Zwischen 10 und 20 Euro Kopiergeld wird eingesammelt und auch die nächste Klassenfahrt kostet. Im Landkreis Kaiserslautern bieten die „Tafeln“ gebrauchte Schulmaterialien an, die Stadt Kaiserslautern finanziert aus Spenden einen Nothilfefond und die Stadt Mainz hält Schulmittel-Gutscheine im Wert von 50 Euro pro Kind aus der 1., 5. und 7. Klasse für Familien mit geringem Einkommen bereit.

In Rheinland-Pfalz unterstützen die Kommunen als Schulträger Familien mit einem Einkommen unter einer bestimmten Grenze durch Lernmittelgutscheine. Das Land weist die entsprechenden Mittel zu. Je nach Schulart, Klasse und Kinderzahl erhalten die Familien Gutscheine im Wert zwischen 28 und 221 Euro.

Das kann zu zwei Dritteln ausreichen, reicht manchmal aber nur zu einem Drittel. Denn mit den Gutscheinen kann man nur neue Bücher kaufen, nicht jedoch gebrauchte auf Schulbuchbasaren.

Das gleiche Recht auf Bildung kann aus Sicht des Landeselternbeirats nur durch Lernmittelfreiheit verwirklicht werden.

Die Systeme der Lernmittelfreiheit
(rechtliche Situation)



Nach Gesetzeslage gewähren alle Bundesländer Lernmittelfreiheit. Aber bereits rechtlich wird sie unterschiedlich gestaltet: Bei der „Ausleihe für alle“ werden alle Schulbücher für alle Schüler vom Staat angeschafft und ausgeliehen; bei der „Ausleihe mit punktueller Elternbeteiligung“ sind bestimmte Lernmittel (oft Atlanten, Arbeitshefte, Nachschlagewerke, etc.) oder auch bestimmte Schularten (zumeist die Teilzeitberufsschule) aus der Lernmittelfreiheit ausgenommen; bei der Ausleihe mit pauschaler Elternbeteiligung“ müssen sich die Eltern mit pauschalen Beträgen am Schulbuchkauf beteiligen; beim Bonus-System“ wird die Lernmittelfreiheit sozial gestaffelt nach Einkommen und Kinderzahl gewährt.
aus: Institut für Bildungsmedien e. V., Frankfurt am Main 2002

Kosten für Schulbücher gerundet; zum Beispiel:	
2. Klasse	65,-
4. Klasse	75,-
5. Klasse	205,-
6. Klasse	80,-
7. Klasse	246,-
8. Klasse	170,-
9. Klasse	160,-
10. Klasse	144,-
11./12./13. Klasse	230,-

Ich bin der Meinung Komma dass

die erneute Einführung der Lehrmittelfreiheit in Rheinland Pfalz ein wunderbares Wahlkampfthema werden wird.

Zumal zu vermuten ist, dass dieses Geschenk an die Eltern, aufgrund der Ineffizienz des aktuellen Systems, nicht deutlich teurer wird.

Stolze 13 Millionen Euro pumpt das rheinland-pfälzische Bildungsministerium in diesem Schuljahr in die Schulbuchanschaffung. Wohin fließt dieses Geld? Eltern bis zu einer bestimmten Einkommensgrenze erhalten Gutscheine zum Kauf von neuen Schulbüchern. Diese Gutscheine decken zwischen einem bis zwei Drittel der Anschaffungskosten für die Bücher eines Kindes. 130.000 Kinder werden erreicht, das sind 27% der Schüler in den allgemeinbildenden Schulen. Die Krux: diese Gutscheine können nur für neue Schulbücher, nicht aber für gebrauchte verwendet werden. Ein Gutscheinsystem, das gebrauchte Bücher mit einschließt, ist zu aufwendig in der Verwaltung, sagt das Ministerium, und ich möchte mich dieser Aussage anschließen.

Mit einem Drittel Mehraufwand erreicht Hessen die achtfache Schülerzahl und kommt zur kostenlosen Lehrmittelfreiheit!

Diese Krux ist aber auch eine gigantische Effizienzbremse. Fassen wir kurz zusammen und schauen dann in unser Nachbarland Hessen.

Rheinland Pfalz erreicht mit 13 Millionen Euro ein gutes Viertel der Haushalte mit schulpflichtigen Kindern und unterstützt diese Einkommensschwachen im Durchschnitt mit 50% der nötigen Mittel. Die Hälfte von einem Viertel, das macht ein Achtel oder 12,5 % aller Schüler, die, um bei der Äquivalenzrechnung zu bleiben, voll mit Schulbüchern versorgt werden. Hessen erreicht mit 17,7 Millionen Euro Einsatz (660.000 Schüler und 25 Mio € in 2007) alle Schüler der allgemeinbildenden Schulen. Mit einem Drittel Mehraufwand erreicht Hessen die achtfache Schülerzahl und kommt zur kostenlosen Lehrmittelfreiheit!

Das bestehende Gutscheingießkannenprinzip führt meiner Meinung nach nur zu einer ausgesprochen guten Bewässerung der Schulbuchverlage.

Da hilft auch nicht der wohl eher polemisch gemeinte Hinweis des MBWJK, dass ja auch

die Eltern in den Schulbuchausschüssen sitzen und sozusagen selbst Ihre Kosten bestimmen, wenn die Verlage Neuauflagen generieren, in denen inhaltlich nur die Seitenzahlen verändert werden und dadurch auch der bestgemeinte Schulbuchbasar torpediert wird.

Lehrmittelfreiheit in Rheinland Pfalz ist finanzier- und durchführbar!

Es wird Zeit für den erneuten Einstieg in die Lehrmittelfreiheit! Nur wie? Das Land nimmt das Geld für die Gutscheine von 5 Jahren auf einmal in die Hand und schafft neue Schulbücher für alle Schüler dieses Landes an. Mit etwas Glück halten diese Bücher sogar 5 Jahre. Dann wären alle erreicht, und in der Summe noch nicht einmal mehr Geld ausgegeben worden. Doch vermutlich wird dieses Glück nicht anhalten, sodass sicherlich zusätzlich in den folgenden vier Jahren stets im geringen Umfang für Ersatz zu sorgen ist. Aber selbst wenn man auf die hessischen Zahlen kommt, so ist bei dieser Steigerung der erreichten Schüler keine weitere Diskussion nötig.

Diese Berechnungen gehen vom Status Quo aus, und der lautet: Zieh im laufenden Schuljahr innerhalb des Landes um, so schaff Dir auch neue Schulbücher an. Die Frage lautet doch: Ist es notwendig 470.000 Schüler mit vermutlich 70 verschiedenen Geschichtsbüchern in der Sekundarstufe 1 auszubilden, oder reichen da nicht auch 5? Und ab welcher Stückzahl gibt es eigentlich Mengenrabatt bei Schulbuchbestellungen? Oder besteht nicht die Möglichkeit als Buchhändler gegenüber den Verlagen aufzutreten? Sicherlich werden die Buchhändler darunter leiden, wenn die Schulbücher nicht mehr über ihren Ladentisch gehen. Doch hier gilt es, Werte abzuwägen.

Und letztendlich sind dies ja Überlegungen, die versuchen ein bereits sehr effizient arbeitendes System wie das der Hessen noch zu verbessern.

Bleibt der Organisationsaufwand. Z.Zt. kostet die Gutscheinverteilung und Abrechnung nach eigenen Angaben das Land 20 Minuten pro Fall, das entspricht 27 Bearbeiterstellen oder 1,4 Millionen Euro. Der Dachverband der Buchhändler rechnet mit den betroffenen Buchhändlern 0,9 % der Gutscheinsumme als Provision ab und ist somit kostenneutral. Dem gegenüber stehen 150 Lehrerstellen bei der Ausleihe von Schulbüchern. Stimmen diese Angaben des Ministeriums, so wäre dies eine Verfünffachung des Personalaufwandes. Doch auch hier sind Alternativen zu prüfen. Zum einen ist die Verteilung von Schulbüchern eine echte Sai-



Mathias Kleine
mathias.kleine@web.de

sonarbeit, sodass derartige Zeitberechnungen nicht identisch mit „Planstellenzuweisungen“ sind. Zum anderen ist bei temporären Spitzen zu prüfen, wie die Arbeit auf möglichst viele Schultern zu verteilen sind. So möchte ich behaupten, dass die Summe der Arbeitseinsätze von Schulbuchbasaren sowie die Sachbearbeitung der Buchgutscheine (Schule und Schulträger) bereits ausreicht, die Ausleihe zu organisieren. Auch die Einbindung der Schüler im Rahmen der Stärkung der Selbstverantwortung beinhaltet ein mächtiges brachliegendes Potential.

Lehrmittelfreiheit in Rheinland Pfalz ist finanzier- und durchführbar!

Es gilt immer noch der alte Satz: Wer wirklich etwas will, findet einen Weg, alle anderen Auswege!

Die Zeichen der Zeit signalisieren: Lehrmittelfreiheit jetzt! Internet-Bürgerinitiativen gegen teure Schulbücher von einem Mitarbeiter der Arge (sic!) ins Leben gerufen, Erweiterung der Lebensmitteltafeln um Schulbücher und nicht zu guter Letzt der recht zweischneidige Vorstoß der Ingelheimer als „reiche“ Gemeinde sich Lehrmittelfreiheit zu leisten (Zitat: „attraktiv für Zuzug“!).

1993 hat die sozialdemokratische Regierung die Lehrmittelfreiheit abgeschafft. Nur ein schlechter Schachspieler versucht einen schlechten Zug zu beweisen, ein guter nimmt ihn einfach zurück!

Also was spricht noch dagegen die Lehrmittelfreiheit zum nächsten Schuljahr einzuführen? Die Eltern werden es der durchführenden Partei sicherlich im Wahljahr danken!

Mathias Kleine

Was können Eltern in Schulbuchausschüssen bewegen?

Hinweise zur Arbeit in SEBs und Schulbuchausschüssen

Die Schulelternbeiräte wählen drei ElternvertreterInnen in den Schulbuchausschuss, dem außerdem drei LehrervertreterInnen und (außer in Grundschulen) drei SchülervertreterInnen angehören. Die Mehrheit der Stimmen im Schulbuchausschuss entscheidet dann darüber, ob ein neues Schulbuch eingeführt wird oder nicht.

Elternvertreter müssen auf unterschiedlichen Ebenen für die hohen finanziellen Belastungen der Eltern sensibilisieren. Ist die Entscheidung der Fachkonferenzen für ein teures Buch gefallen, kann es schon zu spät sein. Deshalb sollen Eltern dieses Argument schon vorher mit den Mitgliedern der Fachkonferenzen oder in der Gesamtkonferenz diskutieren. Hier ein paar Tipps für die Arbeit von Schulelternbeiräten und deren Schulbuchausschüsse:

Eltern-Checkliste für die Arbeit bei der Einführung von neuen Schulbüchern:

Themen/Fragen für den SEB	Wer kann tätig werden?
Inwieweit sind Kosten ein belastendes Thema für die Eltern unserer Schule?	SEB
Sich frühzeitig in die Diskussion ums neue Schulbuch einbringen.	SEB, Schulausschuss, Fachkonferenzen, Gesamtkonferenz
Gibt es benachbarte Grundschulen für eine Kooperation?	SEB – übergreifende Informationsaustausch/Kooperation
Absprache über Schulbücher treffen, um Bücherbasare besser ausstatten zu können.	SEB – übergreifende Informationsaustausch/Kooperation
Eine Liste, der in den unterschiedlichen Fächern/Jahrgängen verwendeten Schulbüchern erstellen.	Schulbuchausschuss/ SEB (Schulhomepage, Klassenlisten)
Kostentransparenz herstellen - Bücherliste mit Preisen versehen.	Schulbuchausschuss/SEB
Welche Bücher werden im Laufe des Jahres in den einzelnen Fächern/ Jahrgängen zusätzlich gebraucht?	Schulbuchausschuss/SEB (Infos von den Fachkonferenzen)
Wenn möglich mit der höchst möglichen Anzahl der Personen an der Abstimmung im Schulbuchausschuss teilnehmen.	Schulbuchausschuss
Welche Bücher werden in den Jahrgängen der MSS in den einzelnen Fächern eingesetzt?	SEB/Schulbuchausschuss (Abfrage bei den Fachkonferenzen mit Unterstützung der Schulleitung)
Arbeiten die unterschiedlichen Fachlehrer pro Jahrgangsstufe mit unterschiedlichen Büchern?	SEB/Schulbuchausschuss
Gespräche über eine bessere Kooperation mit den Fachschaften führen, falls in den gleichen Fächern auf derselben Jahrgangsstufe unterschiedliche Bücher verwendet werden.	SEB/Schulbuchausschuss

Fachtagung am 25.8.2008 in Mainz

Keine(r) ohne Abschluss

Etwa 7,4 Prozent aller Schüler(innen) eines Jahrgangs verlassen die Schule ohne irgend einen Abschluss – dies sind 3600 Fälle, Fälle hinter denen Menschen und hinter denen Schicksale stehen. In Deutschland gilt wie in kaum einem anderen Land: Die Schulkarriere bestimmt die Sozialkarriere. Mit dem Projekt „Keiner ohne Abschluss“ will sich das rheinland-pfälzische Bildungsministerium im Rahmen der Schulstrukturreform dieser hohen Zahl von Schüler ohne jeden Abschluss annähern.

Die Schulstrukturreform

Im Gegensatz zur weit verbreiteten Meinung besteht die Realschule plus nicht nur aus der Zusammenlegung zweier bisheriger mehr oder minder bewährten Schulformen, sondern die Realschule plus beinhaltet noch weitere Bausteine. Dazu gehören eine gemeinsame Orientierungsstufe, ein Bildungsangebot für die begabteren Schülerinnen und Schüler dieses Schultyps in Form einer zweijährigen Fachoberschule und eben ein Bildungs- und Unterstützungsangebot für die Schüler, die diese Schulform nur mit Problemen durchlaufen haben, in Form des Projektes „Keine(r) ohne Abschluss“.

Eine der ersten Informations- und Diskussionsveranstaltungen für dieses Projekt war die Fachtagung zu diesem Thema am Montag, dem 25.8. in Mainz im Erbacher Hof. 280 Vertreterinnen und Vertreter der betroffenen Kollegien, der Kooperationspartner der Schulen wie Industrie- und Handelskammern, Handwerkskammern, sowie der Schüler und der Eltern trafen sich im großen Saal des Erbacher Hofes. Die Resonanz auf diese Veranstaltung war bei weitem größer, als vom Veranstalter vorhergesehen.

Nach einer ersten Begrüßung erläuterte Bildungsministerin Doris Ahnen nochmals die Notwendigkeit einer Schulstrukturreform in der vorliegenden Art. 20% weniger Sekundarstufe I Schüler in 2020, ein deutlich geändertes Bildungswahlverhalten der Schüler und Eltern sowie damit einhergehend die sinkende Akzeptanz der Hauptschule als bevorzugte Ausbildungsform habe die Landesregierung zu einem deutlichen Gegensteuern gezwungen. Dies geschehe jetzt mit der Schulstrukturreform und ihrem Herzstück, der Einführung der Realschule plus mit ihren vier Bausteinen.

Das Projekt Keine(r) ohne Abschluss

Zur Ausgestaltung des Projektes erläuterte Frau Ministerin Ahnen, dass das Projekt an ausgewählten Standorten in Form von Projektclassen eingeführt werde. Diese Projektclassen werden für vier Tage in der Woche in der Zeitstruktur der Ganztagschule geführt, ergänzt durch einen wöchentlichen Praxistag in Betrieben der Umgebung. Die pädagogische Ausgestaltung obliegt Lehrern, Fachkräften aber auch den Schülern. Angedacht sind neue Beurteilungsformen, die eher weg von den hergebrachten numerischen Bewertungssystemen gehen. Elternbindung, wo immer möglich, soll gefördert werden.

Allerdings ist nicht an eine flächendeckende Einführung dieses Projektes in Rheinland Pfalz gedacht. Nach Meinung des Ministeriums sei eine flächendeckende Einführung eine Kapitulation des Systems vor den Schwierigkeiten, schließlich sei das Projekt nur dann sinnvoll, wenn es entsprechend viele Schüler ohne Schulabschluss gäbe. Einzelne Mitglieder des LEB meinen hierzu allerdings, dass jedes Kind, jeder Jugendliche mit schulischen Problemen das Recht auf spezielle Förderung habe – und dies möglichst im ihm bekannten Rahmen der vertrauten Schule. Zweifelsohne könne das zu einer Vielzahl von Kleinprojektgruppen unter dem Dach von „Keine(r) ohne Abschluss“ führen. Dies sei allerdings ein besseres Modell, als Teile der Schülerschaft sehenden Auges zu opfern. Gerade aus dem Bereich der Schüler mit Schulproblemen dürfte die Bereitschaft zu örtlicher Mobilität und Eingewöhnung an eine neue Schule nur begrenzt vorhanden sein. Dort, wo Schüler ihren Schulabschluss nicht schaffen, sei es volkswirtschaftlich sinnvoll, dagegen zu steuern!

Immerhin stammt die Aussage, pädagogische Unterstützungsmaßnahmen seien kostengünstiger als soziale und sozialtherapeutische Reparaturmaßnahmen, nicht von Elternseite, sondern wurde von Frau Ahnen selbst angeführt.

Der Einführungsprozess soll im Jahr 2009 / 10 in Form eines „PreTests“ mit zwei Schulen beginnen und im Folgejahr dann mit 10 Schulen fortgeführt werden. Frau Ahnen ließ sich nicht festlegen, wie viele Schulen in der Endausbaustufe am Projekt teilnehmen sollen.

Die geringe Zahl der teilnehmenden Schulen stieß auf Kritik: Eines der Kernprojekte von Realschule plus, wird im Flächenstaat

Rheinland Pfalz gerade an 10 Schulen angeboten. Damit ist eine Abdeckung des ländlichen Raums kaum zu erreichen. Es ist vielmehr davon auszugehen, dass diese Projektschulen sich vermehrt dort finden werden, wo durch Brennpunkte bisher eine besonders hohe Anzahl von Schulabgängern ohne Abschluss zu finden war. Etwa die Hälfte dieser Schulen wird sich in Mainz, Ludwigshafen und Kaiserslautern finden. Für die Fläche der Rest. So überzeugend das Konstrukt ist, so enttäuschend ist die bisher angedachte Durchführung.

Johannes Jung vom Bildungsministerium stellte die Rahmenbedingungen des Projektes „Keiner ohne Abschluss“ noch einmal im Detail dar. Geplant wird mit einer Klassenrichtgröße von 16 Schülern sowie einer attraktiven Stundenzuteilung. Der Einzugsbereich der Schulen mit dem Projekt soll auch benachbarte Standorte und Förderschulen mit einbeziehen. Der Unterricht soll fachübergreifend gestaltet werden und als Ziel wird angestrebt, eine 80%ige Abschlussquote und eine 40%ige Vermittlungsquote gemittelt über alle Schulen des Projektes zu erreichen.

Der Nachmittag war geprägt durch vier Workshops, auf die sich die Teilnehmer verteilten. Diese beschäftigten sich mit den Themen „Berufswahlpaten – Experten begleiten Schülerinnen und Schüler“, „Die arbeitsweltorientierte Klasse – Chance zu Reintegration“, „Der Praxistag – Erfahrungen aus dem Startjahr“, „Stärkung der Berufsorientierung – Instrumente aus der Sicht der Bildungsforschung“. Die Ergebnisse bzw. Inhalte der Workshops werden demnächst auf der Homepage des Bildungsministeriums veröffentlicht werden.

Fazit

Aus Elternsicht bleibt dem Berichtersteller die Anmerkung: „Keine (r) ohne Abschluss“ ist ein gutes und wichtiges Projekt, das leider daran schwächelt, dass der Mut zum flächendeckenden Ausrollen zumindest derzeit noch fehlt. Gerade die schwierigen Schüler müssen dort abgeholt werden, wo sie leben und lernen, und das ist im einfachsten Sinne auch räumlich zu verstehen. Wenn das Bildungsministerium an sein eigenes Projekt glaubt, dann soll es „Keiner ohne Abschluss“ richtig durchführen und nicht auf dem Niveau von „haben wir auch im Angebot“.

Volker Schliephake
volker.schliephake@t-online.de

Die Unterrichtsversorgung

Wie viel die Bildung dem Staat wert ist, messen die Eltern auch am Grad der Unterrichtsversorgung. Und sie können und wollen einfach nicht akzeptieren, dass das Bildungsministerium den Schulen Stundentafeln vorschreibt, die dann wegen Unterversorgung an Lehrerstunden nicht erfüllt werden können.

Status quo laut Zwischenbericht
An den Realschulen und Integrierten Gesamtschulen erwarten die Lehrerverbände einen strukturellen Unterrichtsausfall von ca. 3 Prozent, an den Gymnasien von bis zu 4,6 Prozent. Die Grund- und Hauptschulen sind scheinbar gemäß Plansoll versorgt, während die Berufsbildenden Schulen sogar mit einer Unterversorgung von bis zu 6 Prozent rechnen.
Kein Grund für Cassandra-Rufe, meint das Bildungsministerium. Der Versorgungsgrad liege laut Zwischenbericht der ADD auf Vorjahrsniveau.

Den Mangel verwalten
In den unterversorgten Schulen sind die Schulleitungen bemüht, den Stundenausfall wegzuorganisieren. Wenigstens die Hauptfächer werden lückenlos gesetzt, während Physik und Chemie in manchen Jahrgangsstufen gekürzt oder ganz gestrichen werden muss. Auf die dritte Sportstunde, die in vier Jahrgangsstufen der Sekundarstufe I vorgehen ist, wird oft schon wegen fehlender Hallenkapazitäten verzichtet. Auch Religion, Musik und Bildende Kunst werden gekürzt. In der Oberstufe muss häufig die 5. Leistungskurstunde daran glauben. Diese Stunden, obwohl in der Pflichtstundentafel enthalten, erscheinen gar nicht auf dem Stundenplan der Schülerinnen und Schüler. Nur durch einen Vergleich beider fällt die Lücke auf. Meist informieren Schulleitungen den Schulelternbeirat darüber, wie sie den Mangel verwaltet haben.

Bundesweit fehlen Lehrkräfte
Der Versorgungsgrad von durchschnittlich ca. 98 Prozent in den allgemeinbildenden und 94,5 Prozent in den berufsbildenden Schulen wird jedoch zunehmend nicht nur durch voll ausgebildete Lehrkräfte erreicht, sondern in bestimmten Mangelfächern greift die Schulbehörde auf Seiten- und Quereinsteiger oder auch mal auf Studenten zurück. Die Verantwortlichen verweisen auf die schwierige Lage auf dem Lehrerarbeitsmarkt, von der andere wiederum behaupten, dass sie durch die Politik mindestens mitverschuldet sei. Bundesweit gibt es beispielsweise in den Fächern Physik, Mathematik, Informatik, Musik oder Bildende Kunst einen Mangel vor allem im Lehramt für Gymnasien. Das Hin und Her zwischen Warnungen vor Lehrerschwemme und Lehrermangel hat Studienanfänger verunsichert. Der Lehreralldag wird durch höhere inhaltliche und zeitliche Anforderungen immer anstrengender. Auch der Imageverlust des Berufsstandes mag viele abschrecken. Und der Ausbau der Studienseminare hat mit dem Zulauf an den Gymnasien nicht mitgehalten. Der Philologenverband spricht vom Nadelöhr Referendariat. Noch immer würden nicht alle geeigneten Bewerberinnen und Bewerber zugelassen, kritisieren auch der Verband der deutschen Realschullehrer und die Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft.
Da wartet man scheinbar darauf, dass der Rückgang der Schülerzahlen in den weiterführenden Schulen in drei oder vier Jahren den Lehrerarbeitsmarkt von selbst entspannt!?

Lernzeit unterschätzter Faktor
Nach einer aktuellen Studie der Technischen Universität München haben Gymnasiasten aus Bundesländern, die mehr Schulstunden vorschreiben, bei PISA oft besser abgeschnitten. Zwar sei die Stundensumme nicht alleine ausschlaggebend, aber außer der Qualität des Unterrichts sei die Lernzeit ein bislang unterschätzter Faktor. Von der ersten bis zur neunten Klasse haben rheinland-pfälzische Gymnasiasten 9519 Schulstunden, 634 weniger als ihre Mitschüler in Thüringen und 555 mehr als in Berlin. Temporärer Unterrichtsausfall etwa wegen Krankheit oder Fortbildung der Lehrkräfte ist hier jeweils nicht berücksichtigt.

Individualisierung der Förderung
Ohnehin ist das Unterrichts-Soll selbst eine politische Größe. Es kann nicht nur darum gehen, den Pflichtunterricht laut Stundentafel zu erteilen. Die Schulen brauchen Lehrerstunden für Differenzierungsmaßnahmen, Förderstunden und Arbeitsgemeinschaften, damit sie die Vorgaben zur individuellen Förderung erfüllen können. Auch die Größe der Klassen, die Klassenmesszahl, gehört in diesen Zusammenhang. 30 Schülerinnen und Schüler in einer Klasse sind aus Sicht des Landeselternbeirats zu viel. In etlichen Gymnasien wird diese Zahl sogar zeitweilig um die zulässigen 10 Prozent überschritten. Wenn im Unterricht nicht alle über einen Kamm geschoren werden sollen, dann muss die Klassenmesszahl auf 25 reduziert werden. Das kostet natürlich Lehrerstunden.

Der temporäre Unterrichtsausfall
Beim sogenannten strukturellen Unterrichtsausfall sind all jene Stunden noch nicht berücksichtigt, die übers Jahr durch Krankheit, Lehrerfortbildung, Klassenfahrten u. ä. ausfallen. Die nicht vertretenen und daher ausgefallenen Schulstunden summieren sich laut erstmaliger stichprobenartiger Sondererhebung des Bildungsministeriums im vergangenen Jahr auf ein zusätzliches durchschnittliches Defizit von 3,2 Prozent. Je nach Schulart können beim einzelnen Schüler zwischen 6 und 9 Prozent Unterrichtsausfall insgesamt ankommen.
Die Waffen des Bildungsministeriums gegen temporären Unterrichtsausfall sind Feuerwehrlehrer in den Grundschulen und das Projekt Erweiterte Selbstständigkeit (PES) in den weiterführenden Schulen. Die mittlerweile 580 PES-Schulen richten einen

Stundenplan

Zeit	Montag	Dienstag	Mittwoch	Donnerstag	Freitag	Sonntag
	Deutsch			Geschichte		
	Musik		Sport		Erkunde	
	Mathe			Bildende Kunst		
		Religion		NaWi		
	Sozialkunde				Englisch	
		Darstellendes Spiel				

Vertretungspool mit einem eigenen Budget ein und verringern dadurch ihren temporären Ausfall auf 2,5 Prozent. PES soll bis zum Ende der rheinland-pfälzischen Legislaturperiode 2011 an allen weiterführenden Schulen eingeführt werden. „Leider findet PES keine Anwendung bei unbesetzten Planstellen“, meint Landeselternsprecher Michael Esser. Er könnte sich gut vorstellen, dass z. B. Orchestermitglieder als PES-Lehrkraft Musik unterrichten, wenn an der Schule Musiklehrer fehlen.

Neben dem nicht immer leichten Aufbau eines Vertretungspools für PES-Lehrkräfte ist die Qualifikation des Personals ein Problem. Hessen hat aus diesem Grund das Pendant zu PES, die „Unterrichtsgarantie plus“ wieder abgeschafft.

Größtes Problem der Feuerwehrlehrkräfte im Grundschulbereich ist, dass sie immer häufiger als langfristiger Lehrerersatz verplant und als Klassenleitung und in Einzelfällen sogar in Schulleitungsfunktionen eingesetzt werden. Damit stehen sie dann für die Vertretung kurzfristiger Ausfälle gar nicht mehr zur Verfügung. Der Verband Erziehung und Wissenschaft (VBE) hält das Konzept Vertretungsreserve durch Feuerwehrlehrkräfte für gescheitert und schlägt vor, die Lehrerreserve neu zu gestalten. Der VBE fordert, die den Schulleitungen verbleibenden Unterrichtsstunden nicht mehr auf das Lehrerwochenstundenkontingent der einzelnen Schulen anzurechnen. Diese Unterrichtsstunden sollen als Unterrichtsreserve zur Verfügung gestellt werden – also auf das Stundenvolumen der einzelnen Schule aufgeschlagen werden. Auch der Landeselternbeirat fordert seit Jahren eine strukturelle Versorgung von über 100 Prozent, damit ein Teil des Ausfalls durch schuleigene Reserven aufgefangen werden kann.

Deutschland spart sich dumm

Kleinere Klassen, gute Unterrichtsversorgung, Vertretungsreserve – das kostet! Aber Deutschland spart bei der Bildung. Dieses Fazit kann man aus dem zweiten nationalen Bildungsbericht ziehen. Seit 1995 ist der Anteil des Bruttoinlandproduktes, der für Bildung ausgegeben wird, um 0,7 Prozent auf 6,2 Prozent im Jahr 2006 gesunken. Laut Bericht liegt die Bundesrepublik damit unter dem OECD-Durchschnitt. Nach Darstellungen von DGB und GEW fehlen dem deutschen Bildungssystem jährlich 30 Milliarden Euro.

25 Prozent des rheinland-pfälzischen Haushalts fließen in die Bildung, so das zuständige Ministerium. Das reicht dann scheinbar nicht, meinen die Einen, während Andere effizientere Strukturen anmahnen. Wer was außerhalb des Bildungssystems einsparen soll (Schulen statt Stadien) oder priorisieren soll (Unterrichtsausfall beseitigen statt teurer Reformen), das ist eine weitere Diskussion wert, aber nicht mehr Gegenstand dieses Artikels.

Marie-Charlotte Opper-Scholz

Reduzierung von Stundenausfall durch Vertretung (Schwerpunkt Sekundar-1-Schulen)

Es gehört zur Informationspflicht der Schulleitung, dem Schulleiternbeirat einen Überblick über die Unterrichtsversorgung bzw. den Stundenausfall an der Schule zu geben. Erst wenn der Schulleiternbeirat weiß, wie gut seine Schule mit Lehrerwochenstunden versorgt ist und welche Anstrengungen diese unternommen hat, um das Defizit „gerecht“ d.h. gleichmäßig zu verteilen, so dass nicht immer dieselben Klassen betroffen werden, kann er die Situation wirklich beurteilen und ggf. weitergehende Maßnahmen ins Auge fassen.

Fragen, die der SEB klären kann:

- Wie ist die Lehrerversorgung in den einzelnen Fächern/Jahrgangsstufen?
- Werden sich im Verlauf des Schuljahres Änderungen ergeben? (Beispielsweise Zu- oder Abgänge durch Neuzuweisungen, Ankommen/Abgehen von Referendaren, Pensionierungen, Sabbatjahr)
- Ist die Schule eine PES – Schule (Projekt Erweiterte Selbständigkeit)?
- Kann Stundenausfall über PES abgedeckt werden? (Vor allem bei planbarem Ausfall wegen Klassenfahrten für nicht länger als 6 Wochen.)
- Wie werden Ausfallstunden vertreten?
- Hat die Schule ein Vertretungskonzept?
- Gibt es fachschaftsspezifische Konzepte für Vertretungsstunden? (Aufgabenpool, der Wiederholungs-/Übungsphasen ermöglicht)
- Wie ist der Unterricht in der MSS organisiert?
- Wie groß sind die Leistungskurse der MSS? (Die Kursgröße darf 30 nicht überschreiten, Kurse mit sehr wenigen SchülerInnen sind „unwirtschaftlich“.)
- Mussten in der MSS Kurse gekürzt werden?
- Welche Kurse sind betroffen? (Kürzungen dürfen eine Wochenstunde betragen; zweistündige Wochenkurse dürfen nicht gekürzt werden.)
- Wie werden die Kursarbeiten organisiert? (Ihre Terminierung sollte möglichst wenig Unterrichtsausfall verursachen)

Organisation ist alles

...auch in der MSS

In den gymnasialen Oberstufen muss flexibel geplant werden. Die Vorschriften lassen beispielsweise zu, dass Leistungskurse im selben Fach, die wegen zu geringer Anmeldezahlen nicht zustande kämen, als Grundkurs mit erweitertem Stundenangebot zum Leistungskurs ausgebaut oder als „aufgestockter“ Kurs angeboten werden können. Obwohl keine Mindestteilnehmerzahl bei der Einrichtung von Kursen existiert, sollte auch der Schulleiternbeirat auf die Kursgrößen achten. Es ist „unwirtschaftlich“ Leis-

tungskurse mit beispielsweise nur 5 SchülerInnen anzubieten. Ein breit gefächertes Angebot ist zwar für jedes Gymnasium ein Aushängeschild, führt aufgrund der meist fehlenden Fachlehrerkapazitäten jedoch zu weiterem Stundenausfall in anderen Kursen. Nicht jede Schule muss alle Kurse anbieten. Eine Kooperation bzw. Absprache des Angebots mit benachbarten gymnasialen Oberstufen ist wünschenswert.

Optimierung von Vertretungsstunden

Es ist nicht nur wichtig, dass eine Stunde vertreten wird, sondern auch wie sie vertreten wird. Hat die Schule ein Vertretungskonzept und was verbirgt sich dahinter? Unterrichtsausfall kann leichter „aufgefangen“ werden, wenn es organisatorisch gelingt, FachlehrerInnen als VertretungslehrerInnen einzusetzen. Auch wenn der Unterricht nur selten nahtlos weitergeführt werden kann,

Das Projekt Erweiterte Selbständigkeit - PES

Die PES-Schulen erhalten ein eigenes Budget, mit dem sie Vertretungen aus einem datengestützten Pool über ein eigens dafür eingerichtetes Internetportal für kurzfristigen, bis zu 6 Wochen begrenzten Unterrichtsausfall finanzieren können. Sie erstellen im Rahmen ihrer Qualitätsprogrammarbeit ein Vertretungskonzept, evaluieren dieses und schreiben es fort. Die Aufgaben sind weitestgehend standardisiert und werden über das Internetportal abgewickelt. Unterstützt werden die Schulen von der Schulaufsicht und den pädagogischen Serviceeinrichtungen. Die weiterführenden Schulen werden absehbar alle PES-Schulen werden. Im Grundschulbereich werden Ganztagschulen in das Projekt aufgenommen.

sind Übungsphasen dann eher möglich. Fachfremde Lehrkräfte können vorbereitete Übungsaufgaben in Stillarbeit von SchülerInnen bearbeiten lassen. Inhaltlich können Aufgaben aus dem Unterrichtsgebiet des zu vertretenden Faches oder dem des Fachlehrers eingesetzt werden. In beiden Fällen müssen entsprechende Aufgabenpools von den Fachkonferenzen für die einzelnen Jahrgänge zusammengestellt und vorgehalten werden.

Doch selbst dieser optimierte Umgang mit Unterrichtsausfall kann u.U. nicht verhindern, dass bei kurzfristig entstehenden Lücken „nur“ Hausaufgabenaufsicht stattfindet.

Gabriele Weindel-Güdemann

„Jugend gründet“ - ein Beitrag zur ökonomischen Bildung auch in RLP

Der LEB informiert sich über den Online-Wettbewerb des BMBF

In seiner Sitzung am 05.06.2008 informierte die Projektleiterin Frau Prof. Dr. Burkhardt-Reich den LEB über einen der erfolgreichsten Online-Wettbewerbe zur ökonomischen Bildung, der vom Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) unterstützt wird. „Jugend gründet“ wird in zwei Phasen durchgeführt – der Businessplanphase und der Planspielphase. Es geht um die Entwicklung einer HiTech-Produktidee bis hin zur Marktreife, der erfolgreichen Platzierung im Markt und der Auseinandersetzung mit dem Wettbewerb.



Team aus Rottweil beim Finale 2008 in Wolfsburg

Ähnlich wie in einem Flugsimulator können die TeilnehmerInnen der Oberstufe von Gymnasien und IGSen ihr unternehmerisches Geschick erproben, ohne eine „Bruchlandung“ fürchten zu müssen. Zwar können sie, wie im richtigen Wirtschaftsleben auch, ihr Unternehmen in die Insolvenz treiben, die Konsequenzen müssen sie jedoch nicht fürchten. Bei der Simulation gehen weder Arbeitsplätze noch Kapital verloren.

Wie nie zuvor wird den Jugendlichen heute wirtschaftliches Denken und Handeln abverlangt: fast jeder hat ein Handy, die meisten ein Girokonto, manche sogar Aktien und das häufig üppige Taschengeld will ebenfalls verwaltet und ausgegeben werden. Was aber wissen die Jugendlichen tatsächlich über wirtschaftliche Zusammenhänge?

Nur vier von zehn Jugendlichen können erklären, was eine Inflationsrate ist, nur jeder dritte Jugendliche ist in der Lage das Prinzip von „Angebot und Nachfrage“ annähernd richtig zu umschreiben und fast jeder zweite Jugendliche kann mit dem Begriff „soziale Marktwirtschaft“ nichts anfangen. Das besagt eine Studie der Bertelsmann-Stiftung. Sie besagt jedoch auch, dass junge Leute wissen wollen, wie Wirtschaft funktioniert. Immerhin 80 Prozent wollen, dass in der Schule die Vermittlung ökonomischer Zusammenhänge eine größere Rolle spielt.

Bei „Jugend gründet“ lernen SchülerInnen „spielend“ wie ein Unternehmen am Markt funktioniert. Die entwickelte HiTech-Idee soll auch am realen Markt Absatzchancen haben. Darüber wacht die Planspielleitung. Mit Hilfe des Planspielassistenten erstellen sie online einen Businessplan, der – wie im richtigen Leben – Grundlage

ihres wirtschaftlichen Handelns wird, bei Investoren Mittel einwerben hilft und die Produktidee und deren erwartete Chancen am Markt beschreibt. Gleichzeitig beobachten die TeilnehmerInnen ihre Konkurrenz im Markt und entwickeln ein schlüssiges Marketingkonzept.

Hohe Anforderungen an Jugendliche ohne betriebswirtschaftliche Vorkenntnisse – und doch gelingt es. Die erwirbt man nämlich „nebenbei“, während man im Team von maximal 6 Personen oder auch als Einzelkämpfer in die Simulation einsteigt. Auch ganz nebenbei werden die betriebswirtschaftlichen Fachkenntnisse vertieft und in Selbsttests gesichert. Die Homepage von „Jugend gründet“ ist dabei die beste Informationsquelle. Dort findet sich alles, was ein junger Gründer braucht, der eine HiTech-Idee entwickeln und erfolgreich einer hochkarätigen Jury präsentieren will.

Denn zu gewinnen gibt es auch etwas. Zweimal erhalten die jeweils 10 besten Teams die Gelegenheit ihre Ideen einer fachkundigen Jury aus Hochschule und Wirtschaft zu präsentieren. Einmal beim Zwischenfinale in Düsseldorf, wo es um die besten Businesspläne geht und beim Finale in Wolfsburg, bei dem das Team mit dem besten Unternehmenserfolg gekürt wird. Die Bedingungen sind realitätsnah. Am Messestand präsentieren die Jungunternehmer ihr Produkt und hoffen dann auf das Wohlwollen der Fachleute.

Dem Siegerteam winkt eine Reise ins Silikon Valley – zu den kreativen Unternehmern schlechthin. Gewonnen haben letztlich alle. Denn diejenigen, die sich auf das „Spiel“ eingelassen haben, sind einen großen Schritt weiter gekommen auf ihrem Weg in den Beruf. Sie haben sich selbst in einem Team erlebt und wissen nun, wo ihre Stärken und Schwächen liegen. Sie haben Kontakte zu Managern und Hochschullehrern knüpfen können und eine ganze Menge darüber gelernt, wie Unternehmen „ticken“. Sie werden das Gelernte sicher auch für die Verwaltung ihres Taschengeldes einsetzen können...und sicher nicht nur dort!

Gabriele Weindel-Güdemann



Team aus Waldkraiburg im Gespräch mit Jurymitgliedern beim Zwischenfinale in Düsseldorf

(Zum Weiterlesen: <http://www.jugend-gründet.de>.)

Die nächste Businessplanphase startet am 01.10.2008. Informationen dazu bei barbara.burkhardt-reich@hf-pforzheim.de oder Gabriele Weindel-Güdemann, eMail: gabw@g-t-online.de, LänderreferentIn RLP)

Kind zu dick - Eltern sorglos

Viele der Kleinsten in Deutschland sind bedenklich dick. Aber ihre Eltern sind meist sorglos. Sie sind anscheinend der Meinung, die überschüssigen Kilos seien harmloser Babyspeck, der sich von alleine auswächst. Das ist aber ein fataler Fehler, denn bei dicken Jungen und Mädchen steigt das Risiko enorm, im jugendlichen Erwachsenenalter Bluthochdruck, eine Fettstoffwechselstörung, die Zuckerkrankheit (Diabetes mellitus Typ-2) oder Gicht und Krebs zu entwickeln. Aber auch Aufmerksamkeits- und Lernstörungen werden als gewichtiges Risiko diskutiert. Darüber hinaus leiden Seele und Selbstbewusstsein unter den überflüssigen Kilos, spätestens dann, wenn die Kinder in die Pubertät kommen.

Es ist also wichtiger denn je, dass betroffene Eltern frühzeitig die Augen für das Wohl ihrer Kinder öffnen.

Eltern, die unsicher sind, ob ihr Kind eventuell zur Risikogruppe gehört, haben die Möglichkeit, sich von Experten des Adipositasnetzwerkes Rheinland-Pfalz berechnen zu lassen, ob Ihr Kind gefährdet ist, und können sich eingehend beraten lassen. Diese sind kostenfrei montags zwischen 16:00 und 17:00 Uhr erreichbar, unter Tel.: 0700-ADIPOSITAS (0700-23476748*) oder 06131-693334214.

An Telefongebühren für 0700-Anschlüsse fallen an: 12,4 cent / min aus dem Festnetz der Dt. Telekom. Gültig ab: 01.01.2007 – Alle Preise inkl. ges. MwSt. – Taktung 30/30 – Gebühren anderer Anbieter können abweichen.

Adipositasnetzwerk Rheinland-Pfalz e.V.

c/o Kreisverwaltung Mainz-Bingen, Abt. Gesundheitswesen

Infotelefon: 0700-adipositas (0700-23476748)

www.adipositas-rlp.de



Abdruck des Fotos mit Genehmigung des Adipositasnetzwerkes

Wettbewerbe machen Schule

Bio find ich kuh'l, Jugend gründet, Wir in Ost und West oder Kinder zum Olymp! - Schülerwettbewerbe werben als regionale, bundesweite oder internationale Veranstaltungen um die Teilnahme der Kinder und Jugendlichen. Sie decken inzwischen alle Schularten und Altersgruppen sowie alle Bereiche des schulischen Fächerkanons ab. Dabei leisten sie zwei ganz wichtige Aufgaben:

- **Schülerwettbewerbe motivieren.** Sie laden dazu ein, sich über die eigene Lerngruppe und Schule hinaus zu messen und für sich selbst, seine Klasse oder seine Schule Anerkennungen und Preise zu gewinnen. Dabei werden häufig neue schulische und außerschulische Arbeitsformen gefordert. Die Öffentlichkeit nimmt die erzielten Erfolge wahr, die Medien stellen sie heraus.
- **Schülerwettbewerbe fördern Begabungen.** Sie wecken und unterstützen Talente und folgen dem Leistungsprinzip, dem sich der Einzelne oder das Team stellen muss. Dazu gehört auch Mut.

Die Broschüre "Wettbewerbe machen Schule", die in der zweiten, vollständig überarbeiteten und aktualisierten Auflage vorliegt, soll der Übersichtlichkeit dienen und die Entscheidung zur Teilnahme erleichtern. Als dauerhaftes Hilfsmittel ist sie für die Schulleitungen und für alle Lehrerinnen und Lehrer, die Wettbewerbe betreuen, gedacht. Mit dieser Broschüre werden Wettbewerbsplakate an die Schulen versandt, die in Form eines großen Kalenders die Anmeldezeiten auf einen Blick bieten.

Vorgestellt wird eine Auswahl der für Rheinland-Pfalz besonders wichtigen Schülerwettbewerbe. Die Broschüre zum Herunterzuladen und eine Übersicht über interessante Wettbewerbe mit entsprechenden Links findet sich unter <http://wettbewerbe.bildung-rp.de>.

Girls' Day

Philine verbrachte den Girls' Day im Max-Planck Institut für Mathematik in den Naturwissenschaften. Niemals hätte sie gedacht, dass Mathematik so spannend und lebendig sein kann. „Mein Bild der Mathematik war ja so was von veraltet und hatte diese Renovierung dringend nötig. Ich trauere jedem verpassten Girls' Day nach, denn solche Einsichten hatte ich nicht erwartet und ich lege jedem ans Herz, diese einmalige Chance zu ergreifen, Berufe näher kennen zu lernen“, schrieb Philine in ihrem Bericht auf der Webseite www.girls-day.de.

Am 23. April 2009 findet zum 9. Mal der Girls' Day - Mädchen-Zukunftstag statt. Bisher erhielten etwa 800.000 Mädchen beim größten Berufsorientierungsprojekt für Schülerinnen Einblick in Berufe in Naturwissenschaft, Technik, Handwerk und IT. Vor dem Hintergrund des drohenden Fachkräftemangels in diesen Bereichen bieten sich gerade für die oft gut qualifizierten Mädchen hier hervorragende Zukunftschancen. Schülerinnen ab Klasse 5 aller Schulformen können am Girls' Day einen Tag lang in diese, bisher oft noch unbekannt, Berufe hineinschnuppern und so ihr Berufswahlspektrum erweitern.

Auf der Webseite www.girls-day.de können Informationsmaterialien kostenfrei bestellt werden.

Eine Schulbroschüre liefert hilfreiche Tipps zur Vorbereitung und Organisation des Girls' Day an der Schule und es gibt eine Datenbank mit erprobten Unterrichtsmaterialien zum Thema geschlechtsspezifische Berufsorientierung.

Übrigens: Ein bundesweites Netzwerk von Initiativen zur Berufswahl und Lebensplanung von Jungen stellt sich vor unter <http://www.neue-wege-fuer-jungs.de/>

Elternfortbildung 2008/09

Block 1

Rechte und Pflichten von Eltern und Elternvertretungen/Formen der Elternarbeit

Eltern werden in diesem Kurs grundsätzlich über ihre Rechte und Pflichten in der Schule informiert. Die Strukturen der Elternarbeit in Rheinland-Pfalz werden vorgestellt und erläutert. Elternvertreterinnen und -vertreter erfahren Grundsätzliches über die Arbeit von Klassenelternsprecherinnen und Klassenelternsprechern sowie des Schulelternbeirats. Sie erhalten Tipps im Umgang mit Schulen, zur Organisation und Gestaltung von Elternabenden und Schulelternbeiratssitzungen u. v. m. Praxisnahe Beispiele helfen, Fragen zu klären und geben Anregungen für die tägliche Arbeit in der eigenen Schule.

Teilnehmerkreis: Grundschulen/Förderschulen

22. November 2008 Speyer IFB-Nr. 824 3001 04

22. November 2008 Boppard IFB-Nr. 824 3001 05

22. November 2008 Saarburg IFB-Nr. 824 3001 06

Teilnehmerkreis: Weiterführende Schulen

29. November 2008 Speyer IFB-Nr. 824 3002 04

29. November 2008 Boppard IFB-Nr. 824 3002 05

29. November 2008 Saarburg IFB-Nr. 824 3002 06



Block 2

Kommunikation/Gesprächsführung Moderation

Eine gute und vertrauensvolle Kommunikation zwischen Elternhaus und Schule ist grundlegende Voraussetzung für schulischen Erfolg. Die Veranstaltung zielt auf Stärkung der Kommunikationskompetenz. Es gibt hilfreiche Tipps insbesondere zur Gesprächsgestaltung mit Lehrkräften sowie Schulleiterinnen und Schulleitern zur Moderation eines Elternabends und zur Leitung einer Schulelternbeiratssitzung.

Teilnehmerkreis: Grundschulen/Förderschulen

21. Februar 2009 Speyer IFB-Nr. 914 3001 01

21. Februar 2009 Boppard IFB-Nr. 914 3001 02

21. Februar 2009 Saarburg IFB-Nr. 914 3001 03

Teilnehmerkreis: Weiterführende Schulen

28. Februar 2009 Speyer IFB-Nr. 914 3002 01

28. Februar 2009 Boppard IFB-Nr. 914 3002 02

28. Februar 2009 Saarburg IFB-Nr. 914 3002 03

Block 3

Wie können Eltern die Entwicklung ihrer Schule mitgestalten? – Gemeinsame Arbeit am Beispiel des Qualitätsprogramms

Elternkooperation bei der Erarbeitung eines schuleigenen Qualitätsprogramms ist eine neue, inhaltlich anspruchsvolle Aufgabe für Elternvertreterinnen und -vertreter. Hier erhalten Sie einen Überblick über den derzeitigen Stand der Qualitätsinitiative des Landes und die notwendigen Informationen und Anregungen, um kompetent am Qualitätsprogramm Ihrer Schule mitzuarbeiten.

Teilnehmerkreis: Grundschulen/Förderschulen

21. März 2009 Speyer IFB-Nr. 914 3001 04

21. März 2009 Boppard IFB-Nr. 914 3001 05

21. März 2009 Saarburg IFB-Nr. 914 3001 06

Teilnehmerkreis: Weiterführende Schulen

28. März 2009 Speyer IFB-Nr. 914 3002 04

28. März 2009 Boppard IFB-Nr. 914 3002 05

28. März 2009 Saarburg IFB-Nr. 914 3002 06

Leitung der Veranstaltungen

Ein Expertenteam führt durch die Veranstaltungen. Jeweils eine Schulpсихologin oder ein Schulpсихologe des IFB, eine Vertreterin oder ein Vertreter der ADD (Schulaufsicht), eine Schulleiterin oder ein Schulleiter sowie eine erfahrene Elternvertreterin oder ein Elternvertreter (Regionalelternbeirat oder Landeselternbeirat) bringen die unterschiedlichen Sichtweisen der schulischen Professionen ein und stehen den Eltern als Ansprechpartner zur Verfügung. Der Austausch von Eltern untereinander motiviert und regt zur lokalen Netzwerkbildung an.

Ablauf der Elternfortbildung

Die Fortbildungsveranstaltungen dauern von 09:30 Uhr bis 16:00 Uhr. Nähere Informationen zur Elternfortbildung sowie den Anmeldebogen mit genauen Terminen und Veranstaltungsorten finden Sie auf den Homepages

- des MBWJK: <http://eltern.bildung-rp.de>
- des LEB: <http://leb.bildung-rp.de> und
- des IFB: <http://ifb.bildung-rp.de>

Das Programm sowie ein Einladungsschreiben geht den Teilnehmerinnen und Teilnehmern etwa 14 Tage vor Veranstaltungsbeginn zu. Bitte beachten Sie, dass weder Fahrt- noch Verpflegungskosten übernommen werden. Die Fortbildungen selbst sind kostenfrei.

Mögliche Anmeldeverfahren:

- Per Fax: 06232-659-120
- Per Post: IFB Speyer, Postfach 1680, 67326 Speyer
- Per Telefon: 06581-9167-10; (IFB Saarburg, Andrea Pogrzeba)
- Per Email: andrea.pogrzeba@ifb.bildung-rp.de